



Torsten Schneider  
Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin

Bürgerbüro Torsten Schneider, MdA - Florastr. 94 - 13187 Berlin

## Mitteilung für die Presse

Berlin, 24.03.2015

### **Bürgerentscheid über Großvorhaben in Pankow**

Mitten im Herzen Pankows liegt seit Jahrzehnten eine der (mit fast 40 Hektar) größten innerstädtischen Flächen brach. Der Privateigentümer will diese Fläche zu einem neuen Stadtquartier entwickeln. Es sollen rund 400 Millionen Euro investiert und ca. 1.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, u.a. zwei Schulen mit etwa 1.600 Plätzen, 750 Wohnungen (davon 1/3 zu sozialverträglichen Mieten von 5,50 Euro) und großflächiger Handel entstehen. Seit Jahren wird darüber in Foren, Runden und Gesprächen mit Anwohnern und der Politik diskutiert. Es werden Gutachten geschrieben, Argumente ausgetauscht, Meinungsbilder der anderen Gewerbetreibenden und Anwohner erhoben und zahlreiche Anträge in Debatten im Bezirksparlament diskutiert. Nach Jahren der Diskussionen wird nun öffentlich gemutmaßt, Teile der Pankower Politik und der Bevölkerung stünden nicht hinter diesem Großprojekt.

Dazu erklärt der Pankower Wahlkreisabgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Torsten Schneider, SPD:

***„Ich finde es gut, dass die Pankowerinnen und Pankower in einem langen und breiten Beteiligungsprozess zu diesem größten Pankower Bau- und Investitionsvorhaben mitreden konnten, denn die Menschen im Kiez sind unmittelbar betroffen. Aber echte Bürgerbeteiligung sollte sich nicht darin erschöpfen, nur mal was fragen zu dürfen. Deshalb schlage ich vor, dass die Pankowerinnen und Pankower über dieses Projekt in einem Bürgerentscheid entscheiden können.“***

## Hintergrund:

### **Grundsatzfrage**

#### **Ein solcher sog. konstruktiver Bürgerentscheid wurde in Berlin noch nie durchgeführt, ist aber rechtlich ausdrücklich vorgesehen.**

Gemäß § 46 Absatz 4 des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) kann die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschließen – auch ohne vorheriges Bürgerbegehren – einen Bürgerentscheid durchzuführen.

Es wären demnach in der Pankower BVV 37 Ja-Stimmen erforderlich. Von den 55 Mitgliedern der BVV entfallen auf die SPD 17, die Grünen 13, die Linken 11, die CDU 8 und die Piraten 6 Stimmen.

Die im Bezirk entstehenden Kosten würden vom Land im Wege der sog. Basis Korrektur getragen, also ausgeglichen (Änderungsantrag SPD, PDS, Grüne und FDP vom 9. Juni 2005 zu AGH-Drs. 15/3708 im Rechtsausschuss, „Rote Nummer“ 2941 E im Hauptausschuss vom 15. Juni 2005).

Diese sogenannte „Frage von oben“ berührt jedoch nicht nur wegen dieser Premiere eine seit Jahren diskutierte Grundsatzfrage: Sollen auch Regierungen oder Parlamente/Kommunalversammlungen die Bevölkerung fragen oder entscheiden lassen dürfen. Zuletzt wurde diese Frage zu einem etwaigen landesweiten Votum für oder gegen eine Olympiabewerbung Berlins diskutiert.

Die Bedenken gegen diese Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger werden vordergründig formal vorgetragen und adressieren die Verantwortung der Politik. Deshalb sollten solche Bürgerentscheide sehr wichtigen Sachfragen vorbehalten bleiben; das Investitionsvolumen ist größer, als der halbe Jahresbruttohaushalt des Bezirks und damit hinreichend bedeutend. Politisch besteht zumeist auf der Seite der jeweiligen parlamentarischen oder außerparlamentarischen Minderheit die Sorge, die jeweiligen Regierungen könnten so vorab suggestiv wirken.

Deshalb wird im Regelfall eine qualifizierte Mehrheit für die Einleitung vorgesehen (*vergleiche: § 21 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, § 18a Abs. 2 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, § 46 Abs. 4 BezVG Berlin, § 20 Abs. 6 Gemeindeordnung für Brandenburg, § 20 Abs. 3 Kommunalverfassung für Mecklenburg-Vorpommern, § 26 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen („Ratsbürgerentscheid“), § 24 Abs. 1 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen, § 26 Abs. 1 Gemeindeordnung für Sachsen-Anhalt, § 16g Abs. 1 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein*).

## Das Vorhaben

Die Bevölkerung müsste wertungsfrei gefragt werden, ob sie zum konkreten Projekt JA oder NEIN sagt.

Diese Frage könnte z.B. anhand einer Lageskizze beinhalten, ob sich das Bezirksamt dafür einsetzen soll, dass diese Privatfläche entwickelt wird, indem dort vom Investor

- a) eine Grundschule mit bis zu 400 Plätzen (Flächenüberlassung),
- b) eine Oberschule mit bis zu 1.200 Plätzen (Flächenüberlassung),
- c) ein Stadtplatz am S-Bahnhof Pankow,
- d) 750 Wohnungen, davon 250 Wohnungen zu Mieten von 5,50 Euro/m<sup>2</sup>,
- e) ein Einkaufszentrum mit 30.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche,
- f) ein Möbelcenter,
- g) Parkplätze

errichtet werden.

(<http://pankower-tor.de/projekt.html>)

## Kontakte

**Torsten Schneider (SPD)** ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für das Pankower Zentrum und wurde dort 2006 und 2011 direkt gewählt.

Er ist Parlamentarischer Geschäftsführer sowie finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Pressefoto: [http://spdnet.sozi.info/berlin/nordos/dl/Kandidat\\_Schneider.jpg](http://spdnet.sozi.info/berlin/nordos/dl/Kandidat_Schneider.jpg)

**Gregor Kijora (SPD)** ist Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung von Pankow für das Pankower Zentrum und dort Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

### Torsten Schneider

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Fraktion der SPD

Parlamentarischer Geschäftsführer  
Finanz- und Haushaltspolitischer Sprecher

### Bürgerbüro

Florastraße 94  
13187 Berlin-Pankow  
Telefon +49 (0) 30 - 4990 2400  
Fax +49 (0) 30 - 4990 2626  
E-Mail: buergerbuero.schneider@t-online.de